

Weimarer Appell an die Bundesregierung anlässlich der GEW-Herbstakademie 2005

Weiterbildung zur vierten Säule des Bildungssystems ausbauen – Rückgang stoppen, Kurswechsel einleiten, zusätzliche Finanzmittel investieren!

Die GEW wendet sich anlässlich ihrer Herbstakademie „Weiterbildung als zweite Chance. Konsequenzen aus der Bildungs- und Beschäftigungskrise.“ (24. -26.11.2005, bei der über siebzig Expert/innen und Beschäftigten aus der Weiterbildung anwesend waren, mit folgendem Appell an die Bundesregierung:

Im Koalitionsvertrag vom November 2005 werden folgende Ziele für Weiterbildung formuliert:

- die Teilnahme an der Weiterbildung deutlich zu erhöhen und insbesondere sozial Benachteiligte zu fördern,
- Jugendlichen und Erwachsenen ohne Schulabschluss und Ausbildung eine zweite Chance zu gewähren,
- die Weiterbildung zur vierten Säule des Bildungssystems zu machen,
- mit bundeseinheitlichen Rahmenrichtlinien eine Weiterbildung mit System zu etablieren,
- die Bildungsberatung zu verbessern, die Qualität zu sichern.

Diese Ziele sind begrüßenswert, glaubwürdig werden sie dann, wenn klar gestellt wird, wie sie finanziert werden sollen. Ihre Realisierung setzt einen Kurswechsel in der Weiterbildung voraus. Seit Jahren brechen die Weiterbildungsstrukturen in der durch SGB III geförderten beruflichen Weiterbildung weg. Die Zahl der Teilnehmer/innen ist von über 300 000 im Jahr 2002 auf unter 100 000 im Jahr 2005 zurückgegangen. Das hat dramatische Folgen: Zum einen für arbeitslose Jugendliche und Erwachsene, deren Chancen auf berufliche Qualifizierung und gegebenenfalls Nachholen eines Schulabschlusses sich massiv verschlechtert haben. Die nach SGB II geschaffenen Fördermöglichkeiten für Arbeitslose reichen bei Weitem nicht aus, den Abbau in der nach SGB III geförderten beruflichen Weiterbildung zu kompensieren. Zum anderen für die Beschäftigten in der Weiterbildung, schätzungsweise 40 000 Arbeitsplätze sind abgebaut worden. Darüber hinaus ist die durch Länderfinanzen geförderte Weiterbildung von Streichungen der finanziellen Mittel betroffen. Auch für die durch das Zuwanderungsgesetz vorgeschriebenen Sprachkurse –Deutsch-Intensiv-Kurse – hat eine finanzielle Unterausstattung nachteilige Folgen für Teilnehmer/innen, Beschäftigte und Träger.

Eine Trendwende ist ohne sofortige zusätzliche Bundesmittel nicht möglich. Diese sind nicht konkret vereinbart, stattdessen ist von einer zwischen Allgemeinheit, Wirtschaft und den einzelnen aufgeteilten Finanzierung die Rede, ohne Klarstellung wie hoch der öffentliche Anteil ist. Außerdem ist im Koalitionsvertrag ein genereller Haushaltsvorbehalt formuliert. Eine staatliche Unterstützung individueller Fortbildung (Erwachsenen-Bafög) wie sie die Timmermann-Kommission vorgeschlagen hat, ist nicht vorgesehen, lediglich das Meister-Bafög soll weitergeführt werden. Konkret angesprochen werden nur individuelle Investitionen durch Bildungssparen und Zeitkonten. Die angekündigte Senkung der Arbeitslosenversicherung von 6,5 Prozent auf 4,5 Prozent, also um ein Drittel, lässt weitere Reduzierungen für die berufliche Weiterbildung

befürchten. Im Widerspruch zu den vereinbarten Zielen steht auch die Aufgabe von Bundeskompetenzen im Bildungsbereich im Rahmen der Föderalismusreform.

Die tiefe Krise der Weiterbildung kann nur beendet werden, wenn:

- jetzt ein Sofortprogramm für die Weiterbildung beschlossen und umgesetzt wird und dafür zusätzliche Bundesmittel zur Verfügung gestellt werden.
- die Vorschläge der Kommission für die Finanzierung lebenslangen Lernens insbesondere zum Erlass eines Erwachsenenbildungsförderungsgesetzes umgesetzt werden.
- die Förderpolitik der Bundesagentur für Arbeit umgesteuert wird und zwar zugunsten eines auch präventiv wirkenden Qualifizierungsangebots als Teil eines arbeitsmarktpolitischen Gesamtkonzepts.

Wir appellieren an die Bundesregierung, eine Weiterbildungsoffensive zu starten um auch benachteiligten Jugendlichen und Erwachsenen eine zweite Chance zu ermöglichen. Erforderlich sind der Ausbau der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung, ein umfassendes Weiterbildungsangebot in den Kommunen, das berufsbildende, kulturelle und gesellschaftspolitische Inhalte vereint und eine bessere Ausstattung von Deutsch-Integrations-Kursen.